



Deutscher Bundestag

**Stichwort
Petitionen**

Von der Bitte zum Bürgerrecht

Petentin

Neuaufgabe
20. Wahlperiode

Anhörungssaal



„Stichwort Petitionen“ als barrierefreies PDF und EPUB

www.btg-bestellservice.de/informationmaterial/46/anr20201500



**Download- und Bestellservice für Informationsmaterial
des Deutschen Bundestages**

www.btg-bestellservice.de



Internetseite des Deutschen Bundestages

www.bundestag.de



Portal des Petitionsausschusses für Online-Petitionen

<https://epetitionen.bundestag.de>



Wo Menschen arbeiten, da passieren Fehler. Wer wollte das bezweifeln? Hinter staatlichem Handeln stehen Menschen – das gilt auch für das Verhältnis von Staat und Bürgern. Deshalb ist es wichtig, dass wirksame Korrekturmechanismen eingebaut sind. Damit die in Aktion treten können, muss der Staat Hinweise auf Missstände und Tipps zur Verbesserung bekommen. „Bitten und Beschwerden“ heißt das im Grundgesetz. Dahinter steckt das als Grundrecht verbriefte Petitionsrecht, das alle Bürgerinnen und Bürger – unabhängig von Wohnort, Alter oder Staatsangehörigkeit – in Anspruch nehmen können. Auf Bundesebene ist der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages der Ansprechpartner. Er kann sowohl im Einzelfall helfen als auch gesetzliche Änderungen anregen. Und für die Bürgerinnen und Bürger sind Petitionen ein ideales Instrument, um aktiv die Politik in Deutschland mitzugestalten.

6	Ein Fall für den Bundestag
8	Der Petitionsausschuss hilft
10	Petitionen haben viele Gesichter
11	Was heißt „Petition“?
12	Wie hat sich das Petitionsrecht entwickelt?
17	Worum geht es in Petitionen?
23	Welche Arten von Petitionen gibt es?

Inhalt

26	Was geschieht mit den eingereichten Petitionen?	40	Petitionen auf europäischer Ebene
27	Die internen Mechanismen	41	Die Europäische Bürgerbeauftragte und der Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments
30	Die Stufen der Sachaufklärung		
33	Die abgestuften Empfehlungen		
34	Die Bedeutung des Petitionsausschusses	47	Anhang
35	Im Dienste der Bürgerinnen und Bürger	48	Statistiken
		49	Informationen im Internet
		50	Register

Der Bundestag ist weit weg von den Menschen – so lautet ein oft verbreitetes Vorurteil. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Wie nah das Parlament an den Menschen sein kann, an ihren Sorgen, ihren Problemen und ihren Ideen, das zeigt der Petitionsausschuss des Bundestages. Vorgeschrieben vom Grundgesetz bildet er die Schnittstelle zwischen dem Bundestag und seinem Souverän, den Bürgerinnen und Bürgern.

Ein Fall für den Bundestag

Zwei Beispiele: Margit Fabian und Bärbel Hausmann (Namen geändert), zwei Frauen in Deutschland. Zwei von mehr als 42 Millionen. Zwei, die sich nicht kennen, die sich vermutlich niemals begegnen werden und die weit weg sind von den Dingen in Berlin, von der großen Politik und von dem, was im Bundestag so vor sich geht. Und doch weckten sie das Interesse des Parlaments. Weil sie in die Mühlen der Bürokratie gerieten, weil sie da allein nicht mehr herauskamen und weil sie sich deshalb an den Petitionsausschuss des Bundestages wandten. Sie rechneten kaum damit, dass ihr Problem auf Resonanz stoßen würde. Schließlich haben die Abgeordneten sicherlich Wichtigeres zu tun, dachten sie. Doch schon nach wenigen Tagen war die Nachricht in ihren Briefkästen, dass der Petitionsausschuss sich ihres Falles annehmen werde. Und nach wenigen Wochen war er gelöst. In ihrem Sinne.

Margit Fabian wohnt im Süden Bayerns, Bärbel Hausmann im Osten Sachsens. Beide hatten eine Kur bewilligt bekommen. Beide hatten sich erkundigt, was eine als arbeitssuchend gemeldete Frau deshalb unternehmen müsse. Beide hatten sich für die Dauer der Kur ordnungsgemäß abgemeldet. Und beide fielen aus allen Wolken, als sie wieder zu Hause waren: Da war nicht nur die Zahlung des Arbeitslosengelds gestoppt worden, die Kasse hatte auch die Übernahme der Kurkosten zurückgezogen. „Sie hätten sich nicht abmelden dürfen“, erklärte die Sozialversicherung der Rat suchenden Margit Fabian. „Es war richtig, dass Sie sich abgemeldet haben“, versicherte ihr dagegen die Agentur für Arbeit. Und die ohnehin finanziell stark herausgeforderte

alleinerziehende Mutter von zwei Kindern sah sich in einer immer schwieriger werdenden Situation: „Das ging ständig hin und her.“ Die eine Stelle sagte ihr, sie müsse keinen Widerspruch einlegen, die andere erklärte daraufhin, sie habe die Widerspruchsfrist versäumt. Beide Stellen beharrten darauf, recht zu haben. Ähnliches erlebte Bärbel Hausmann. Auch sie pendelte zwischen Kasse und Arbeitsagentur – und bekam am Ende bescheinigt, dass da wohl etwas „dumm gelaufen“ sei, dass es Fehler gegeben habe, die den Sachbearbeitern auch leid täten, aber dass da nun „nichts zu machen“ sei. Ende, aus? Wie Margit Fabian erfuhr dann auch Bärbel Hausmann davon, dass es da noch eine Institution gibt: den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages.

„Ich habe gedacht, mit solchen Kleinigkeiten geben die sich nicht ab, aber für mich sind diese Kosten keine Kleinigkeit.“ Und so schrieb sie nach Berlin, legte den Schriftwechsel bei und fragte, ob man ihr helfen könne. Man konnte. Im übernächsten Kapitel schauen wir uns näher an, wie das funktioniert.

Der Petitionsausschuss hilft

Für Bärbel Hausmann steht fest, dass es „ohne den Einfluss des Petitionsausschusses nicht zu der glücklichen Lösung gekommen“ wäre. Und Margit Fabian hätte selbst bei einem Misserfolg des Petitionsausschusses in ihrem Fall „ein gutes Gefühl“ gehabt: „Zu wissen, da gibt es Profis, die da noch einmal draufgucken.“ Es sei schließlich „schön, dass da noch jemand ist, an den man sich wenden kann, wenn man als Bürger nur noch zweifeln oder verzweifeln kann“.

Blick von der Besuchertribüne
auf den Sitzungssaal während der
Sitzung des Petitionsausschusses.

Umso besser, wenn es dann auch klappt, wenn vorher unbewegliche Stellen noch einmal nachdenken und plötzlich zu einem anderen Ergebnis kommen. In einem sind sich die beiden Petentinnen daher einig: „Das war total positiv.“ Und natürlich waren ihre Petitionen auch positiv für den Petitionsausschuss. Denn die Abgeordneten sahen, dass es nicht nur in einem Fall mit der Auslegung der Gesetze Probleme gab. Und wenn es viele weitere Fälle wie die von Margit Fabian und Bärbel Hausmann mit ähnlichen Erfahrungen gibt, dann wird es höchste Zeit, sich die Gesetzesvorgaben noch einmal genauer anzuschauen. Kann man beim nächsten Durchgang von Gesetzesnovellen an dieser Stelle vielleicht mit wenigen Worten etwas klarstellen, damit sich das, was die beiden Frauen erleben mussten, nicht wiederholt?

Deshalb ist es besonders praktisch, dass die Anlaufstelle für solche Probleme ein Gremium des Bundestages ist. Hier gibt es viele Möglichkeiten: Offiziell kann der Ausschuss als Ganzes über formelle Instrumente die zuständigen anderen Gremien auf mögliche Verbesserungen hinweisen. Und auch auf dem „kleinen Dienstweg“ können einzelne Abgeordnete die Erfahrungen von Petenten in die Facharbeitskreise der Fraktionen einbringen, die sich mit dem Thema befassen.



„Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“

Artikel 17 des Grundgesetzes

Petitionen haben viele Gesichter

Was heißt „Petition“?

Eigentlich handelt es sich um ein problematisches Zusammentreffen: Ausgerechnet der Ausschuss, der von allen Gremien des Bundestages den Menschen am nächsten sein will, gibt sich einen schwer verständlichen Namen.

„Petition“ – wer kennt das Wort schon?

Und wer kann schon so gut Latein, dass er beim ersten Hören oder Lesen des Wortes weiß, worum es geht? Warum sagt man nicht einfach „Eingabeausschuss“, „Beschwerdeausschuss“ oder „Bürgerausschuss“? Weil Petition ganz einfach viel mehr meint.

Schaut man sich die möglichen Übersetzungen der Ursprungswörter an, so findet man heraus: „Petitio“ kann sowohl „Angriff“ als auch „Ersuchen“ heißen.

Mal geht es forsch zur Sache, mal eher vorsichtig fragend voran. Wenn sich Akademiker früher vornehm ausdrücken wollten und in ihren Diskussionen ein „Petitum“ unterbrachten, wussten die Zuhörer, dass der Hinweis nicht nur als schlichte „Bitte“ gemeint war, sondern

dass je nach Tonfall und Zusammenhang durchaus ein „Verlangen“, also eine Art Forderung, auf den Tisch kam. Jedenfalls wollte man mit einem Petitum etwas nachdrücklich erreichen und nicht nur nebensächlich ansprechen.

Viele Bedeutungen, noch mehr Möglichkeiten

Der Bundestag mag aus historischer Tradition bei der Formulierung „Petitionsausschuss“ geblieben sein. Doch zeigt ein Blick auf die Herkunft des Wortes, dass er gut daran tut, bei der weiten >Bedeutung des Wortes „Petition“ zu bleiben, statt sein Wirken durch Eindeutschung missverständlich einzuschränken.

Der Petent allein soll entscheiden, wie seine Initiative zu verstehen ist: Ich bitte (um Unterstützung in eigener Angelegenheit), ich fordere (die Beseitigung von Missständen), ich werbe (für meine Verbesserungsvorschläge), oder ich greife

Die Bedeutung des Wortes „Petition“. Das Wort „Petition“ stammt vom lateinischen Wort „petere“ und kann vieles bedeuten – vor allem, wenn es in Verbindung mit anderen Wörtern gebraucht wird. In seinem Ursprung heißt Petition „Bitte“ oder „Ersuchen“. Der größte Unterschied kommt bei den Verwendungen als „petopacem“ und „petohostem“ zum Ausdruck: Das Erste heißt „Ich bitte um Frieden“, das Zweite „Ich greife den Feind an“. Das ist die Bandbreite. Dazwischen liegen „petoaliquid (a Caesare)“ – „ich bitte (Cäsar) um etwas“, „petofugam“ – „ich fliehe“ oder schlicht „petome“ – „ich bewerbe mich“.

an (eine Sache, um die sich das Parlament zu wenig gekümmert hat). Natürlich ist dabei nicht ausgeschlossen, dass eine Petition zu einem Einzelfall auch auf allgemeine Missstände verweist, eine bessere Lösung zeigt und das Parlament zum Handeln auf einem zuvor zu wenig beachteten Gebiet bringt. So vielfältig wie die Bedeutung des Begriffs Petition sind die Möglichkeiten des Petitionsausschusses.

Wie hat sich das Petitionsrecht entwickelt?

Bezeichnenderweise kannten die antiken Demokratien kein ausdrückliches Petitionsrecht. Die Römer nannten es „supplicum“ (demütiges Bitten), wenn sich Bürger mit ihren Anliegen an den Kaiser wandten. Darin kommen Einstellung und Erwartung zum Ausdruck, die eine

klare Unterordnung voraussetzen und das Entgegennehmen von Bürgerbitten in den Bereich eines fürstlichen Gnadenakts verweisen. Aber immerhin: Dem Bürger wurde das Recht zugestanden, sich mit einem persönlichen Problem an den obersten Repräsentanten seines Staates zu wenden. Was dann im Einzelnen daraus wurde, war auf der anderen Seite aber nicht weiter festgelegt.

Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation

Diese Leitlinie wirkte fort bis ins Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Das Prinzip prägte selbst im Absolutismus noch das Verhältnis zwischen Souverän und Untertan: Wenn es dem Fürsten, König oder Kaiser gefiel, hörte er den Einzelnen an und verhalf ihm selbst dann zu seinem „Recht“, wenn zuvor Gerichte anders entschieden hatten. Das war natürlich kein Rechtsstaat. Der Wille des Fürsten war absolut, aber er stand nicht nur über den Dingen, son-

dem in einer direkten Beziehung zu seinen Untertanen. Durch die Behandlung von Eingaben konnte er beides deutlich machen: dass er seine Verantwortung für alle ernst nahm, dass er aber auch einzig nach eigenem Ermessen entscheiden und handeln konnte.

Die weitere Entwicklung des Petitionsrechts ist auch ein Spiegelbild der Entwicklung parlamentarischer Demokratie und demokratischer Teilhaberechte. Denn schon in den ständischen Versammlungen des 18. Jahrhunderts existierten Ausschüsse, die sich mit Bittgesuchen beschäftigten, die an die Obrigkeit gerichtet waren, oder Anliegen zur Kenntnis nahmen und gegebenenfalls darüber berieten, bevor sie an den Monarchen weitergegeben wurden.

England – von der Petition of Right zur Bill of Rights

Das Petitionsrecht wird schon zu dieser Zeit als Teilhabe- und Beschwerderecht verstanden. Das zeigt bereits die Begriffswahl in den Auseinandersetzungen zwischen König und Parlament in England. Als der Konflikt 1628 eskalierte, richtete das Parlament eine „Petition of Right“ an den König, in der es den Monarchen beschuldigte, die 1215 dem Adel zugesicherten Rechte verletzt und umgangen zu haben. Nach dem englischen Bürgerkrieg des 17. Jahrhunderts mündeten die Formulierungen der „Petition of Right“ in die „Bill of Rights“. Aus der Bitte um Recht wurde ein Gesetz der Rechte. Die Petition hat nach diesem Verständnis also die klare Funktion, den Anspruch auf bestimmte Rechte auszudrücken, um damit zur Gewähr dieser Rechte zu kommen.



Illustration der Verlesung der „Bill of Rights“ für William III und Königin Mary in Großbritannien.

Entwicklungen in den USA und in Frankreich

Der US-Kongress hob bereits 1789 in der Auflistung der Grundrechte, der „Bill of Rights“, in den Zusatzartikeln zur amerikanischen Verfassung im ersten Satz das Recht des Volkes hervor, „sich friedlich zu versammeln und an die Regierung eine Petition zur Abstellung von Missständen zu richten“. Und auch die Französische Revolution von 1789 erkämpfte ebenfalls ausdrücklich das Recht zur Petition. In der Verfassung von 1793 heißt es in Artikel 122 in einer Auflistung: „Die Verfassung verbürgt allen Franzosen ... das Petitionsrecht ...“

Das 18. Jahrhundert

Den Geist dieser Überzeugungen atmete auch das von Friedrich dem Großen auf den Weg gebrachte Allgemeine Preußische Landrecht von 1794, in dessen Paragraf 156 wörtlich garantiert wird: „Dagegen steht es einem Jeden frey, Einwendungen und Bedenklichkeiten gegen Gesetze und andere Anordnungen im Staate sowie überhaupt seine Bemerkungen und Vorschläge über Mängel und Verbesserungen sowohl dem Oberhaupt des Staates, als den Vorgesetzten der Departments anzuzeigen; und letztere sind der gleichen Anzeigen mit erforderlicher Aufmerksamkeit zu prüfen verpflichtet.“ Ende des 18. Jahrhunderts herrschte also in Deutschland schon die Vorstellung, dass es jedem Einzelnen (also nicht nur „dem Volk“ wie in der US-Verfassung oder „allen Franzosen“ wie in der französischen Verfassung) möglich sein muss, Hinweise und Vorschläge zu geben, und dass die Obrigkeit diese nicht einfach zu den Akten legen darf, sondern aufmerksam prüfen muss.

Die Frankfurter Nationalversammlung tagte 1848/49 in der Paulskirche und verabschiedete hier die Paulskirchenverfassung.

Die Paulskirchenverfassung

In die neuen Verfassungen, die in den süddeutschen Ländern zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden, fand vereinzelt auch das Recht Eingang, die Stände anrufen zu können. Die bis heute grundlegende Wirkung entfaltende Paulskirchenverfassung von 1848/49 führt unter dem Abschnitt „Grundrechte“ in Artikel VII wörtlich auf: „Jeder Deutsche hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden, an die Volksvertretungen und an den Reichstag zu wenden. Dieses Recht kann sowohl von Einzelnen als von Corporationen und von Mehreren im Vereine ausgeübt werden; beim Heer und der Kriegsflotte jedoch nur in der Weise, wie es die Disciplinurvorschriften bestimmen.“ Diese Verfassung kam allerdings seinerzeit nicht zum Tragen. Stattdessen verfügte Friedrich Wilhelm als „von Gottes Gnaden König von Preußen“ zur selben Zeit eine preußische Verfassung, die in Artikel 30 festlegte: „Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu. Petitionen unter einem Gesamtnamen sind nur Behörden und Korporationen gestattet.“

Die Verfassung des Deutschen Reiches

An den grundsätzlichen Rechten des Einzelnen gab es zu diesem Zeitpunkt also keinerlei Zweifel mehr, nur die Gestaltung blieb umstritten. Daran änderte auch die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 nichts. Der Begriff Petition taucht dort lediglich im Zusammenhang mit den Rechten des Reichstags auf, der laut Artikel 23 „an ihn gerichtete Petitionen dem Bundesrathe resp. Reichskanzler“ überweisen kann. Das bedeutete indirekt eine weitergeltende Garantie des Petitionsrechts, das laut Artikel 3 dieser Verfassung nunmehr nicht nur „Preußen“ zusteht, sondern auch jedem anderen „Unterthan“ zum „Genusse“ zukommt.

Von der Weimarer Reichsverfassung bis zum NS-Staat

In der Weimarer Reichsverfassung von 1919 wurde das Petitionsrecht wiederum eindeutig formuliert: „Jeder Deutsche hat das Recht, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständige



Behörde oder an die Volksvertretung zu wenden. Dieses Recht kann sowohl von einzelnen als auch von mehreren gemeinsam ausgeübt werden“, lautete Artikel 126. Der verlor aber mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 seine Bedeutung. Im nationalsozialistischen Unrechtsstaat konnte jeder verfolgt werden, der wegen Petitionen als „Querulant“ auffiel. Ein Staat, der keine Opposition duldet, schafft auch kritische Sichtweisen per Petition faktisch ab. Hartnäckigen „Quenglern“ drohte sogar „Schutzhaft“. Allerdings erreichten den Führer zahlreiche Eingaben, die von einem NSDAP-Reichsleiter zuvor gesichtet worden waren und auf deren Grundlage Gesandte Adolf Hitlers zum Beispiel Sachverhalte vor Ort aufklärten oder Führerentscheidungen zum Einzelfall durchsetzten.

Das Petitionsrecht in der DDR

Ähnlich entwickelte sich die Praxis der Petitionen in der DDR. Nachdem das Verwaltungsrecht und damit auch die juristische Überprüfbarkeit von Entscheidungen der Bürokratie faktisch abgeschafft worden waren, entstand als Ersatz ein Eingabewesen, das ein weites thematisches Feld umfasste. Die Bürger konnten sich über schlechte Wohnsituationen genauso beklagen wie über schleppend bearbeitete Ausreisearträge. Der SPD-Fraktionschef der frei gewählten Volkskammer, Richard Schröder, erinnert sich, dass dieses Eingabewesen durchaus beliebt war. Wer den Filter aus Psychiater und Stasi mit seiner Petition überstand, habe gute Erfolgsaussichten gehabt. Allein die Aufforderung des zentralen Eingabenbüros an die örtlichen Behörden, zu einer Klage Stellung zu nehmen, habe oft „Wunder wirken“ können. So seien Anliegen erreichbar gewesen, die nach Gesetzeslage und unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung fragwürdig gewesen seien. „Aber es war kein Rechtsweg, sondern ein feudaler Gnadenerweis“, meint Schröder.

Im Grundgesetz verankert

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland knüpfte 1949 an die demokratischen Vorbilder an. Zu den unveränderlichen Grundrechten zählt seitdem auch das Petitionsrecht in Artikel 17: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“ Daraus folgt, dass auf der anderen Seite auch eine Stelle im Bundestag existieren muss, die diese Bitten oder Beschwerden entgegennimmt und den darin ausgedrückten Anliegen nachgeht. Bereits in seiner ersten Geschäftsordnung 1949 bestimmte der Bundestag, dass dafür ein eigener Ausschuss ins Leben gerufen wird.

Seit 1975 erfährt dieses Gremium eine besondere Aufwertung: Es ist einer von wenigen > „Verfassungsausschüssen“. Das heißt, der Petitionsausschuss gehört seitdem zu den Gremien, die vom Grundgesetz ausdrücklich verlangt werden. Artikel 45 c schreibt vor: „Der Bundestag bestellt einen Petitionsausschuss, dem die Behandlung der nach Artikel 17 an den Bundestag gerichteten Bitten und Beschwerden obliegt. Die Befugnisse des Ausschusses zur Überprüfung von Beschwerden regelt ein Bundesgesetz.“

Worum geht es in Petitionen?

Grundsätzlich kann sich jeder mit jedem Thema an den Petitionsausschuss wenden. Die Bedingungen sind nicht sehr hoch. Man muss nicht Deutscher sein, und man muss auch nicht volljährig sein

„Verfassungsausschüsse“ – vom Grundgesetz vorgeschriebene Ausschüsse.

Dem Bundestag steht es grundsätzlich frei, welche und wie viele Ausschüsse er einsetzt. Das Grundgesetz schreibt aber in den Artikeln 45, 45 a und 45 c vor, dass der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, der Ausschuss für Verteidigung, der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und der Petitionsausschuss in jeder Wahlperiode eingesetzt werden müssen. Damit haben sie eine herausgehobene Position. Für den Verteidigungsfall sieht das Gesetz mit dem Artikel 53 a außerdem den Gemeinsamen Ausschuss als Notparlament vor.

– jeder heißt eben jeder. Allerdings stehen am Anfang zwei Mindestvoraussetzungen: Die Petition muss schriftlich eingereicht werden – und zwar so, dass die Eingabe leserlich ist. Außerdem muss man seine Adresse angeben, damit man auch Nachfragen beantworten und erfahren kann, was aus der Petition geworden ist.

Wer eine Petition einreicht, sollte sich vorher Gedanken darüber machen, ob der Bundestag die Petition überhaupt bearbeiten kann. Wer die Volksvertretung nur beleidigen will, hat sicher keine Petition im Sinn und muss damit rechnen, dass die Eingabe nicht weiterbearbeitet wird. Aber auch, wer Weihnachten und Ostern auf einen Tag legen will oder etwas anderes verlangt, das tatsächlich unmöglich ist, muss sich auf ein schnelles Ende seiner Petitionsbearbeitung einstellen. Das Gleiche gilt für verworrene

Petitionen oder solche, die vom Bundestag strafbare Handlungen, Ordnungswidrigkeiten oder Verstöße gegen die Verfassung oder das Sittengesetz verlangen.

Wer ist zuständig?

In allen anderen Fällen nimmt der Petitionsausschuss Eingaben entgegen. Voraussetzung ist aber, dass der Bundestag mit seiner Stellung im Verfassungssystem der Bundesrepublik überhaupt etwas unternehmen kann. Denn auch das Petitionsrecht folgt dem Prinzip der Subsidiarität: Zuständig ist immer erst mal eine untergeordnete Ebene – etwa die Gemeinde, der Bezirk, das Bundesland oder die Bundesregierung. Erst wenn sich dort keine Klärung herbeiführen lässt, greift die nächsthöhere Einheit ein.

Seit April 2023 gibt es ein gemeinsames Petitionsportal des Bundes und der Länder. Von www.petitionsportal.de aus gelangt man mit einem Klick zu den Internetseiten der Petitionsausschüsse auf Bundes- und Landesebene.



Wer sich beispielsweise über einen defekten Kanalanschluss beschweren will, kommt schneller voran, wenn er sich direkt an den Klempner oder die Stadtverwaltung wendet. Wenn er bei seinen Recherchen allerdings entdeckt, dass die Panne vor Ort auch etwas mit Bundesgesetzen zu tun hat, sollte auch der Petitionsausschuss davon erfahren.

Neben dem Petitionsausschuss des Bundestages gibt es auch in jedem Bundesland Petitionsausschüsse der Landtage. Baden-Württemberg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen haben außerdem noch >Bürgerbeauftragte, an die man sich wenden kann. Anlaufstellen für Beschwerden und Eingaben auf europäischer Ebene sind das Europäische Parlament, das ebenfalls einen ständigen Petitionsausschuss eingerichtet hat, und die Europäische Bürgerbeauftragte (siehe S. 41 ff.).

Gesetze mit Mängeln – auch ein Fall für den Petitionsausschuss

Bei Petitionen zu Gerichtsverfahren oder Gerichtsurteilen sollte man sich die Gewaltenteilung vor Augen halten, die eine unabhängige Justiz garantiert. Nur weil einem die Entscheidung eines Gerichts nicht passt, kann man nicht erwarten, dass der Bundestag das Urteil aufhebt. Politiker sind eben keine Richter. Und es ist klar, dass sich der Petitionsausschuss in solche Verfahren nicht einmischt. Sollte aber das Gericht auf der Grundlage von Bundesrecht urteilen, das erkennbare Mängel aufweist, dann ist das wiederum ein Fall für den Petitionsausschuss. Denn wenn die Anwendung des Rechtes „klemmt“, muss der Gesetzgeber das erfahren. Verschiedentlich sind nach Petitionen, die sich auf eine bestimmte Rechtsanwendung durch ein Gericht bezogen, die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen überarbeitet worden. So konnten die nachfolgenden Konfliktfälle wieder im Sinne des eigentlichen Willens des Gesetzgebers entschieden werden.

Bürgerbeauftragte. Das Amt der Bürgerbeauftragten oder Ombudsleute stammt ursprünglich aus Schweden: Anfang des 19. Jahrhunderts ernannte das Parlament einen Ombudsmann, der unabhängig vom König und der sonstigen Verwaltung war, über die man sich beschweren wollte. Ombudsleute können Streitfälle in den verschiedensten Bereichen ohne großen bürokratischen Aufwand schlichten. In einigen Bundesländern unterstützen neben den Petitionsausschüssen der Landesparlamente auch Bürgerbeauftragte die Bürger bei der Wahrnehmung ihrer Rechte gegenüber der Verwaltung.

Die Geschäftsbereiche des Ausschusses – Spiegelbild des Bundestages

Auf der sicheren Seite ist, wer sich die Zuständigkeiten der einzelnen Bundesministerien vor Augen hält. Denn der Bundestag ist spiegelbildlich organisiert. Der Innenausschuss kontrolliert die Tätigkeit des Bundesministeriums des Innern und für Heimat, der Finanzausschuss das Handeln des Bundesministeriums der Finanzen, der Verteidigungsausschuss das Wirken des Bundesministeriums der Verteidigung und so weiter. Ähnlich teilt auch der Petitionsausschuss die eingehenden Petitionen den jeweiligen Geschäftsbereichen zu. Daneben nimmt der Petitionsausschuss des Bundestages auch Petitionen entgegen, die die anderen Verfassungsorgane betreffen, also außer den Bundestag selbst auch den Bundesrat, den Bundespräsidenten und das Bundesverfassungsgericht. Eine ganze Reihe von Institutionen kommt hinzu, die die Aufgaben des Bundes wahrnehmen, aber aus den jeweiligen Ministerien ausgegliedert sind, also etwa die Zollverwaltung, die Bundesagentur für Arbeit oder die Deutsche Rentenversicherung.

Zweifelsfälle können entstehen, wenn es sich um ehemalige Unternehmen des Bundes handelt, die inzwischen teilweise oder vollständig privatisiert wurden. Klassische Beispiele dafür sind die Deutsche Post AG, die Deutsche Telekom AG oder die Deutsche Postbank AG, in deren laufenden, rein privatwirtschaftlich organisierten Betrieb weder die Bundesregierung noch der Bundestag eingreifen können.

Doch es gibt auch bei einer ganzen Reihe privatisierter Bereiche einzelne Gebiete, für die der Bund weiterhin Sorge zu tragen hat, bei denen also die Bürger mit Petitionen die Kontrollaufgabe des Parlaments unterstützen können. Auch die den äußeren Rahmen setzende Gesetzgebung zählt dazu, in der die Versorgung mit Post-, Telefon- und Kommunikationseinrichtungen geregelt wird.



Sitzung des Petitionsausschusses.

Doch auch wenn man sich noch nicht ganz darüber klar ist, ob der Bundestag auf dem angesprochenen Gebiet tatsächlich tätig werden kann, kann man sich mit Hinweisen an den Petitionsausschuss wenden. Denn die Devise des Petitionsausschusses ist eindeutig: Lieber mehr Petitionen an die zuständigen Stellen weiterleiten, als zu wenig Hinweise auf Missstände in Deutschland erhalten.

Neue Ideen zur Lösung von Problemen

Petentinnen und Petenten sollten aber den Petitionsausschuss als Bürgerinstanz nicht falsch einschätzen oder zu hohe Erwartungen an die Volksvertretung richten. Das Wesen der Demokratie besteht nun einmal darin, dass das Volk in Wahlen darüber entscheidet, welche Parteien die Politik in den folgenden Jahren in erster Linie gestalten sollen. Deshalb darf man vom Petitionsausschuss auch keine Korrektur des Wahlergebnisses erwarten, wonach er ein gewünschtes politisches Konzept doch noch umsetzt, für das es zuvor in den Wahlen keine Mehr-

heit gegeben hat. Natürlich nimmt der Petitionsausschuss auch solche Anliegen entgegen, mit denen trotzdem versucht wird, die Meinung einer Minderheit durchzusetzen. Zumal es auch immer wieder neue Ideen zur Lösung von Problemen gibt, auf die auch die anderen Parteien neue Antworten finden müssen. Der Petitionsausschuss stellt auch deshalb äußerst niedrige Mindestanforderungen an Petitionen, weil er sich ein möglichst umfassendes Bild davon machen will, wie die Gesetzgebung bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt und wo im Detail möglicherweise nachgebessert werden muss, weil etwa irgendwelche Wechselwirkungen zum Zeitpunkt der Gesetzgebung nicht angemessen berücksichtigt wurden oder noch nicht absehbar waren. Aus diesem Grund hat das Gremium auch breit gefächerte Möglichkeiten für Petitionsarten geschaffen.

Welche Arten von Petitionen gibt es?

Unter welche Rubrik eine Petition fällt, muss die Petentin oder der Petent nicht festlegen. Das übernimmt der Petitionsausschuss. Dieser bearbeitet die eingegangenen Petitionen ohne Ansehen der Person.

Das Parlament unterscheidet vier Petitionsformen:

■ *Einzelpetition*

Die klassische Petition kann per Brief, Postkarte oder online eingereicht werden. Sie kann sich auf Anregungen zu Bundesgesetzen oder Probleme mit Bundesbehörden beziehen – für den konkreten Einzelfall oder die Allgemeinheit. Für die Onlinepetition gibt es ein Formular auf <https://epetitionen.bundestag.de>.

■ *Sammelpetition*

Sie unterscheidet sich von der Einzelpetition dadurch, dass sie von mehreren oder vielen Bürgerinnen und Bürgern unterstützt wird. Sie unterschreiben entweder den Text oder legen Unterschriftenlisten bei. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung kommuniziert der Bundestag nur mit dem Initiator oder der Initiatorin der Petition, die oder der die Mitzeichnenden informieren soll.

Online-Petitionen können eingereicht werden unter <https://epetitionen.bundestag.de>.



■ *Massenpetition*

Sie unterscheidet sich von der Sammelpetition dadurch, dass nicht eine Petition mit mehreren oder vielen Unterschriften versehen ist, sondern dass viele einzelne Petitionen mit demselben Anliegen beim Petitionsausschuss eingehen. Sollten Inhalte darin ganz oder teilweise übereinstimmen, wird eine aus der Masse zur Leitpetition erhoben und deren Absender stellvertretend für alle anderen benachrichtigt. Besonders nach öffentlichen Kampagnen treffen mitunter Zehntausende von Briefen mit identischen Formblättern oder Zeitungsausschnitten ein. Einige Mitarbeitende des Petitionsausschusses sind dann tagelang damit beschäftigt, die Briefe zu zählen und die Schreiben zu stapeln. Auch hier würde eine individuelle Beantwortung einen enormen Aufwand für den Petitionsausschuss bedeuten, ohne dass sich an der Art der Befassung gegenüber einer einzelnen Petition etwas änderte.

■ *Öffentliche Petition*

Sie ist ein Kind des Internetzeitalters und bietet die Möglichkeiten, die Mitwirkung der Bevölkerung an der Arbeit des Bundestages weiter zu verbessern und den Abgeordneten das Meinungsspektrum der Wähler zu einem bestimmten Anliegen noch schneller und breiter zu vermitteln. Die öffentliche Petition funktioniert so, dass auf Wunsch der Petenten das Anliegen nicht nur elektronisch übermittelt, sondern auch online veröffentlicht wird. Alle Internetnutzer haben dann vier Wochen lang die Gelegenheit, die öffentliche Petition mitzuzeichnen, also das Anliegen zu unterstützen, sowie an Diskussionsforen zum angesprochenen Thema teilzunehmen und dort ihre Meinung zu bekunden.

Ein Aufsteller mit dem Schriftzug „Im Dienst der Bürger – Der Petitionsausschuss“ steht vor dem Anhörungssaal im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus während einer Sitzung des Petitionsausschusses.

Natürlich gibt es einige zusätzliche Hürden, bevor aus einer elektronisch eingereichten eine veröffentlichte Petition wird. So muss etwa das Anliegen von allgemeinem Interesse sein und sich mit- samt der Art der Darstellung auch für eine sachliche, öffentliche Debatte eignen. Zudem darf eine Petition nicht in die Persönlichkeitsrechte einer Person eingreifen, z. B. durch Namensnennung. Selbstverständlich muss der Bundestag auch zuständig sein. Wenn Anliegen und Begründung so knapp und verständlich wie möglich dargestellt sind, erleichtert dies ebenfalls das Einstellen als öffentliche Petition. Ein Rechtsanspruch auf eine Veröffentlichung besteht nicht. Der Petitionsausschuss unterstreicht in diesem Zusammenhang aber, dass Petitionen, aus denen keine veröffentlichten Petitionen werden, vom Ausschuss genauso ernsthaft behandelt werden wie die veröffentlichten. Letztlich kommt es im Parlament nicht darauf an, ob innerhalb der Vierwochenfrist 100, 1.000 oder 10.000 Bürger der veröffentlichten Petition beitreten.

Wie Internetnutzer es von anderen Diskussionsforen gewohnt sind, muss der Petitionsausschuss auch darauf bestehen, dass die Diskussionsbeiträge eine Reihe von Kriterien erfüllen. Wer sich beispielsweise mit beleidigenden, verletzenden, obszönen oder mit Links auf andere Internetseiten versehenen Beiträgen beteiligt, muss damit rechnen, dass seine Ausführungen von Mitarbeitenden des Petitionsausschusses umgehend aus dem Diskussionsforum gelöscht werden. Außerdem sollten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber bewusst sein, dass hier eine öffentliche Debatte stattfindet, die im Internet verfolgt werden kann.



Damit das Petitionsrecht ein wirksames Bürgerrecht ist, hat der Petitionsausschuss eine ganze Reihe von Instrumenten zur Hand, mit denen er den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu nachdrücklicher Wirkung verhelfen kann.

Was geschieht mit den eingereichten Petitionen?

Die internen Mechanismen

Rund 13.000 Petitionen im Jahr, das sind im Schnitt etwa 53 neue Petitionen an jedem einzelnen Arbeitstag. Wer da nicht spätestens am zweiten Tag den Überblick verlieren will, muss von der ersten Sekunde an eine strenge Ordnung einhalten. Deshalb bekommt jede eingegangene Petition eine Nummer und wird u. a. elektronisch erfasst. Das bedeutet, dass jeder Vorgang dokumentiert wird und in der Registratur stets mit einem Handgriff geklärt werden kann, wo sich welche zur jeweiligen Petition gehörenden Dokumente gerade befinden, wer welches Verfahren vorgeschlagen hat und auf welche Entscheidung oder Stellungnahme gerade gewartet wird.

Parallel dazu durchläuft jede eingegangene Sendung eine mehrstufige Prüfung. Als Erstes prüfen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundestages, ob es sich überhaupt um eine Petition handelt. Geht es zum Beispiel nur um einfache Fragen zu bestimmten Sachverhalten, senden sie entweder gleich die Antwort zurück oder geben den Vorgang an das zuständige Ministerium zur unmittelbaren Beantwortung ab. Hier wird also gar nicht erst ein Petitionsverfahren eingeleitet.

Auch für eine Reihe anderer Eingaben gehen zunächst die Schranken herunter. Das sind Petitionen,

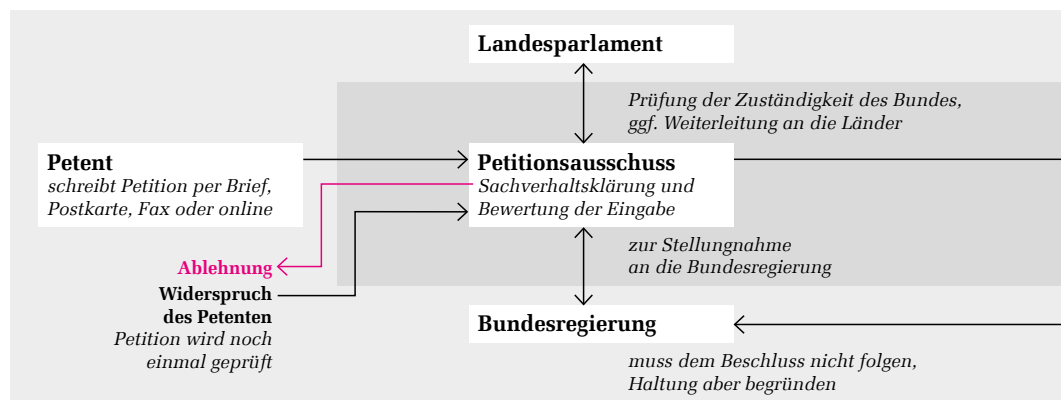
- die unleserlich geschrieben oder so verworren sind, dass das Anliegen nicht verständlich wird,
- bei denen nötige Angaben (wie Anschrift oder Unterschrift) fehlen oder falsch oder gefälscht sind (im Fall von Online-Petitionen: die nötigen Web-Felder nicht vollständig oder falsch ausgefüllt sind),

■ bei denen der Petent oder die Petentin Dinge verlangt, die unerfüllbar sind, gegen die Verfassung oder das Sittengesetz verstoßen, auf eine strafbare Handlung oder eine Ordnungswidrigkeit hinauslaufen würden,

■ bei denen es sich um Beleidigung, Erpressung oder Nötigung handelt. Diese Eingaben werden als „mangelhafte Petitionen“ geführt und im Einvernehmen mit der Vorsitzenden des Petitionsausschusses weggelegt, wenn nicht binnen zwei Wochen der Petent oder die Petentin selbst Korrekturen nachliefert oder die Mitarbeitenden den Mangel beheben können.

Zuweisung nach Sachgebieten

Alle anderen Petitionen werden bestimmten Sachgebieten zugewiesen. Der rund 80 Personen zählende Ausschussdienst, der für die Abgeordneten die Vorbereitung und Organisation der Petitionsbearbeitung übernimmt, hat sich nach der Devise organisiert: „Fragen Sie immer den, der sich am besten damit auskennt.“ Hier sitzen also Fachleute, die sich im Arbeitsrecht auskennen, Expertinnen und Experten für Rentenfragen, für das Gesundheitssystem und vieles mehr. Die gesamte Bandbreite der Regierungs- und Parlamentstätigkeit wird hier im Kleinen durch die Mitarbeitenden abgebildet. Das schafft Routine im Umgang mit für den Laien schwer durchschaubaren, kniffligen Angelegenheiten und ist zugleich eine Verbesserung im Interesse der Petentinnen und Petenten. Denn auf diese Weise können sich die spezialisierten Mitarbeitenden sofort daran erinnern, ob es vielleicht schon einmal einen ähnlichen Vorgang gab, wie man in dem Fall geholfen hat und was man deshalb jetzt am besten macht.

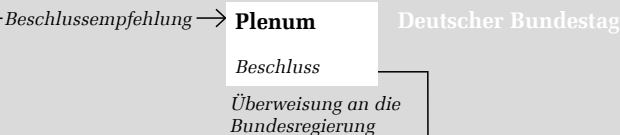


Stellungnahme erbeten

Ist das Problem erst einmal identifiziert, wird die betroffene Stelle in der Regel um eine Stellungnahme gebeten. Gleichzeitig geht auch an die Petentin oder den Petenten die Nachricht heraus, dass die Petition nun in Arbeit ist. Es ist keine Seltenheit, dass sich schon in diesem frühen Stadium manche vorher angeblich unlösbaren Probleme plötzlich in Luft auflösen. Denn es ist für die Sachbearbeitenden in einer Behörde ein Unterschied, ob sie in einer Angelegenheit nach kurzer Prüfung des Sachverhalts entscheiden oder ob sie für ihre Vorgesetzten detailliert belegen müssen, warum keine andere Entscheidung möglich gewesen ist. Schließlich muss die Führungskraft in ihrer Antwort an den Bundestag dafür geradestehen. Führt die Petition auf diesem Weg bereits zum Erfolg, wird die Absenderin oder der Absender informiert, und der Vorgang kommt auf die Liste der „positiv erledigten Petitionen“.

Immer wieder erreichen den Ausschuss aber auch Anliegen, bei denen die Spezialisten des Ausschussdiensts aufgrund ihrer Erfahrungen zu der Einschätzung gelangen, dass die Erfolgsaussichten sehr gering sein werden. Die Petentinnen und Petenten werden dann über die Absicht informiert, das Verfahren gleich wieder abzuschließen, weil die Petition „offensichtlich erfolglos“ sein wird. Sechs Wochen haben die Petentinnen und Petenten dann Zeit, gegen den frühzeitigen Abschluss des Verfahrens Einwände zu erheben. Reagieren sie in dieser Zeit nicht, ist die Angelegenheit beendet, und die Petition kommt auf die Liste der erledigten, aber erfolglosen Petitionen.

Der Weg der Petition.



Sonderfall Bundeswehr

Auch Eingaben, die die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr betreffen, werden vom Petitionsausschuss bearbeitet. Hier wird aber auch die Wehrbeauftragte* über die Petition informiert. So vermeiden der Petitionsausschuss und die Wehrbeauftragte, dass sich beide gleichzeitig um dieselbe Petition kümmern, wenn der Petent oder die Petentin sich an beide Stellen gewandt hat. Auch umgekehrt informiert die Wehrbeauftragte den Petitionsausschuss, wenn sie davon ausgehen muss, dass hier eine doppelte Eingabe vorliegt. Ist bei beiden Stellen dieselbe Petition eingegangen, übernimmt die Wehrbeauftragte die Federführung und kümmert sich um das Anliegen.

Die Stufen der Sachaufklärung

Alle Petitionen, die beim ersten Durchlauf noch nicht erfolgreich abgeschlossen oder wegen absehbarer Erfolglosigkeit beiseitegelegt wurden, durchlaufen

anschließend einen zweiten Durchgang, in dem nun auch die Abgeordneten verstärkt mit eingreifen. Der Ausschussdienst schlägt dazu für jede Petition zwei Abgeordnete vor, die das jeweilige Anliegen als sogenannte Berichterstatter federführend in die Hand nehmen. Sinnvollerweise sind das jedes Mal ein Angehöriger der Regierungsfractionen und ein Mitglied aus den Reihen der Opposition. Die Fractionen können aber auch zusätzliche Berichterstatter benennen. Ähnlich wie bei der Spezialisierung im Ausschussdienst konzentrieren sich auch die Abgeordneten in der Regel auf eine Reihe von Fachgebieten. Die Zuteilung von „Fällen“ auf einzelne Berichterstatter bleibt dabei flexibel. Der nachdrückliche Einsatz im Interesse der Petentinnen und Petenten ist aber nicht allein Zufallsprodukt der jeweiligen personellen Zusammensetzung des Ausschusses. Sie ist vom Gesetzgeber genau so gewollt. Denn er hat die Handlungsfähigkeit des Gremiums durch eine Reihe von Aufklärungsrechten gestärkt, die umso wirkungsvoller sind, je dosierter der Ausschuss sie einsetzt.

* Weitere Informationen
in der Broschüre „Stichwort: Die
Wehrbeauftragte“, erhältlich unter
www.btg-bestellservice.de.



Hier die einzelnen Stufen:

1. Ist der Ausschuss mit der anfangs angeforderten Stellungnahme nicht zufrieden, kann er seine Ansicht der betreffenden Behörde in Frageform mitteilen, indem er eine weitere Stellungnahme erbittet, die noch detaillierter auf die vom Ausschuss angestellten Überlegungen eingehen soll.
2. Führt diese Reaktion noch nicht zum gewünschten Ergebnis, hat der Ausschuss das Recht, Akten zum strittigen Fall anzufordern. Der betroffenen Behörde kann auf diese Weise noch eindringlicher zu verstehen gegeben werden, dass nach Einschätzung des Ausschusses durchaus eine andere Entscheidung möglich wäre.
3. Um sich ein eigenes Bild zu machen und ein tieferes Verständnis der Zusammenhänge zu erlangen, kann der Ausschuss Petentinnen und Petenten einladen, Zeugen hören oder Sachverständige einschalten.

Mitglieder des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages schauen sich bei einem Ortstermin die Verkehrslage an einer Straße in Lüdenscheid an.

Ortstermine für einen besseren Überblick

Darüber hinaus hat der Ausschuss die Möglichkeit, eine Ortsbesichtigung anzusetzen. Damit bekundet der Ausschuss öffentlich, wie wichtig ihm die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für einen kritisierten Sachverhalt ist und er es als besonders nützlich ansieht, sich (meistens in Gestalt einer Ausschussdelegation) die Verhältnisse vor Ort selbst anzusehen.

Beispielsweise machte sich der Ausschuss in dieser Wahlperiode auf den Weg in das nordrhein-westfälische Lüdenscheid. Grund für den Besuch war eine Petition, mit der die Dauerbelastung der Anwohner entlang der Strecke der seinerzeit stillgelegten und inzwischen gesprengten Talbrücke Rahmede durch anhaltenden Lärm, Luftverschmutzung und Verkehrsgefahr kritisiert wurde. Oftmals geben Petitionen, in denen Lärmschutzmaßnahmen an Straßen oder Schienenwegen gefordert werden, den Anstoß für eine Reise des Petitionsausschusses. Vor Ort wird dann gemeinsam mit den Petentinnen und Petenten und Vertretenden der zuständigen Verwaltungen nach Lösungen gesucht.



Ein weiterer Ortstermin führte die Abgeordneten in die rheinland-pfälzische Kreisstadt Germersheim. Dort sah eine Bürgerinitiative Handlungsbedarf in puncto Sicherheit hinsichtlich des dort ansässigen Gefahrstofflagers der US-Armee. Sie kritisierten, die Sicherheit und der Umweltschutz auf dem Gelände seien nicht ausreichend gewährleistet, und baten den Petitionsausschuss um Unterstützung.

Ebenso fand eine Delegationsreise von Mitgliedern des Petitionsausschusses nach Lubmin und Rügen statt. Ein Petent wandte sich gegen Pläne der Bundesregierung, ein Terminal für Flüssigerdgas (LNG) vor Rügen zu bauen, ohne ausreichende Prüfung der Umweltverträglichkeit und Bürgerbeteiligung. Negative Folgen für die Natur und den Tourismus wurden befürchtet. Der Petitionsausschuss hat sich die Situation vor Ort angesehen und mit Gegnern und Befürwortern des Projekts gesprochen, um sich ein eigenes Bild zu machen.

Vorladung eines Mitglieds der Bundesregierung

Zu den schärfsten Mitteln des Ausschusses gehört sein Recht, ein Mitglied der Bundesregierung wegen des Verhaltens der ihm unterstehenden Behörde vorzuladen. Solche Termine nehmen in der Regel weder Staatssekretäre noch Bundesministerinnen und Bundesministern wahr. Schon die Andeutung einer Vorladung ist daher mitunter geeignet, im Ministerium erneute Überlegungen zur Sachlage anzustoßen.

Und dennoch kann es passieren, dass sich der Petitionsausschuss in manchen Fällen geschlagen geben muss. Dann informiert er die Petentin oder den Petenten, dass der Ausschuss leider nichts erreichen konnte, und die Petition kommt auf die Liste der erledigten, aber erfolglosen Petitionen.

Ein Petent trägt den Mitgliedern des Petitionsausschusses bei einem Vor-Ort-Termin auf der Insel Rügen seine Argumente vor. Anlass war eine Petition zum Thema „Offene Vermögensfragen“.

Die abgestuften Empfehlungen

Keine Petition wird jedoch einfach durch eine Entscheidung des Ausschusses „erledigt“. Stets gibt es dafür Empfehlungen, wie der Bundestag als Ganzes damit umgehen soll. Zwar wird dann im Plenum nicht auf jeden einzelnen Fall eingegangen, sondern meistens anhand von Sammelübersichten abgestimmt. Doch es gibt jederzeit die Möglichkeit, auch einzelne Petitionen beispielhaft herauszugreifen. Anschließend erhält die Petentin oder der Petent eine Nachricht, auf welche Weise der Bundestag mit der Petition umgegangen ist. Der Bundestag hat auch dafür ein abgestuftes Instrument zur Verfügung.

So kann er die Petition „als Material“ an die zuständige Stelle überweisen. Damit ist sichergestellt, dass das Anliegen der Petentin oder des Petenten nicht untergeht, sondern als Resonanz auch für künftige Überlegungen aufgenommen werden kann.

Die nächst stärkere Form ist die Überweisung der Petition „zur Erwägung“. Damit bringt das Parlament zum Ausdruck, dass die Eingabe aus seiner Sicht Anlass gibt, das Anliegen noch einmal zu überprüfen und nach Abhilfemöglichkeiten zu suchen.

Die eindringlichste Form ist die Überweisung „zur Berücksichtigung“. Wenn das geschieht, sieht das Parlament das Anliegen der Petentin oder des Petenten in vollem Umfang als derart stichhaltig an, dass es Abhilfe für unbedingt nötig hält.

Ähnlich verhält es sich mit Petitionen, bei denen es nicht darum geht, Einzelfallentscheidungen zu korrigieren, sondern bei denen Kritik an generellen gesetzlichen Vorgaben im Vordergrund steht oder Anregungen für die künftige Gesetzgebung gemacht werden. Hier kann der Bundestag zum Ausdruck bringen, wie stark er daran interessiert ist, dass die Bundesregierung oder auch die Fraktionen die Anliegen der Petentin oder des Petenten bei künftigen Gesetzesplänen im Blick behalten, mit in Erwägung ziehen oder sogar noch versuchen sollten, die verlangten Änderungen in laufende Gesetzgebungsprozesse einzubringen.



Der Petitionsausschuss ist der Seismograf des Parlaments. Bei keinem anderen Ausschuss sind die Abgeordneten so nah an den Bürgerinnen und Bürgern.

Die Bedeutung des Petitionsausschusses

Formal hat der Petitionsausschuss eine herausgehobene Stellung: Er gehört zu den vier Verfassungsausschüssen des Bundestages. Das heißt, er ist ein Gremium, das im Grundgesetz vorgeschrieben ist und daher nicht zur Disposition steht, wenn sich der Bundestag nach Wahlen neu organisiert. Das Parlament mag frei darin sein, ob es beispielsweise einen Arbeits- und Sozialausschuss bildet oder sich für eine andere Aufteilung entscheidet, etwa je einen Arbeits- und einen Sozialausschuss. Der Petitionsausschuss hingegen ist immer ein absolutes Muss.

Im Dienste der Bürgerinnen und Bürger

Der Ausschuss besteht – wie alle parlamentarischen Ausschüsse – aus einem Vorsitzenden und einem Stellvertreter sowie einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern, die ebenfalls je einen Stellvertreter haben. Die jederzeit aktuelle Liste der Mitglieder des Petitionsausschusses finden Sie auf der Internetseite des Ausschusses auf der Homepage des Bundestages: www.bundestag.de/petitionen. Jede Fraktion stellt einen Obmann oder eine Obfrau als Hauptansprechpartner für die Fraktionsführungen. Sie bestimmen den Kurs der Fraktionen in den jeweiligen Fachfragen und der Ausschussarbeit mit und können in den Obleutebesprechungen oft Konfliktfälle frühzeitig beheben.

Die Arbeit in den Fachausschüssen findet teilweise großen Anklang in den Medien. Abgeordnete können sich durch

die Ausschussarbeit über ihren Wahlkreis hinaus bekannt machen. Der Petitionsausschuss ist dagegen eher etwas für Überzeugte. Hier stehen nicht nach jeder Sitzung Journalistinnen und Journalisten vor der Tür, um Neuigkeiten zu erfahren. Traditionell geht es hier um sehr personenbezogene Angelegenheiten, die vertraulich behandelt werden müssen. Der überwiegende Teil der Ausschussarbeit ist nicht öffentlich, und man erfährt erst davon, wenn das Verfahren schon längst abgeschlossen ist. Das bedeutet, dass die Mitglieder des Petitionsausschusses weniger im Rampenlicht stehen. Dafür sind sie aber näher dran „am echten Leben“.

Treffend ist zudem die Vorstellung vom Petitionsausschuss als „Seismograf“ des Parlaments. Wo immer die Auswirkungen der Gesetze, Verordnungen und Handlungen des Staates zu Problemen, Ver-

werfungen oder Erschütterungen führen, auch wenn es sich zunächst nur um vermeintlich kleine Beschwerden Einzelner handelt – es dauert in der Regel nicht lange, bis der Petitionsausschuss davon erfährt. Deshalb ist es besonders sinnvoll, wenn Abgeordnete gerade zu Beginn ihrer Arbeit hautnah mit den Auswirkungen politischen Handelns konfrontiert werden und zusammen mit den „alten Hasen“ im Ausschuss innerhalb des politischen, rechtlichen und staatlichen Systems nach den Stellschrauben suchen, damit Schief lagen wieder ins Lot gebracht werden können.

Internationale Zusammenarbeit. Der Petitionsausschuss arbeitet auch mit Bürgerrechtseinrichtungen anderer Länder zusammen und ist Mitglied in zwei Vereinen, die sich dem Eingabewesen widmen: im Europäischen Ombudsmann-Institut und im Internationalen Ombudsmann-Institut, das seit 2009 sein Generalsekretariat in Wien hat. Durch diese Vernetzung ist ein regelmäßiger fachlicher Austausch sowie gegenseitige Unterstützung garantiert, ebenso möchte man so gemeinsam die weltweite Verbreitung des Ombudsman-Konzeptes fördern. Die organisatorische und rechtliche Gestaltung in den einzelnen Ländern ist dabei ganz unterschiedlich. So prüft beispielsweise in Österreich die Volksanwaltschaft, ein Kollegium aus drei Volksanwälten, im Auftrag des Parlaments die Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger.

Der Petitionsausschuss digital: E-Petitionen und Petitionsforum

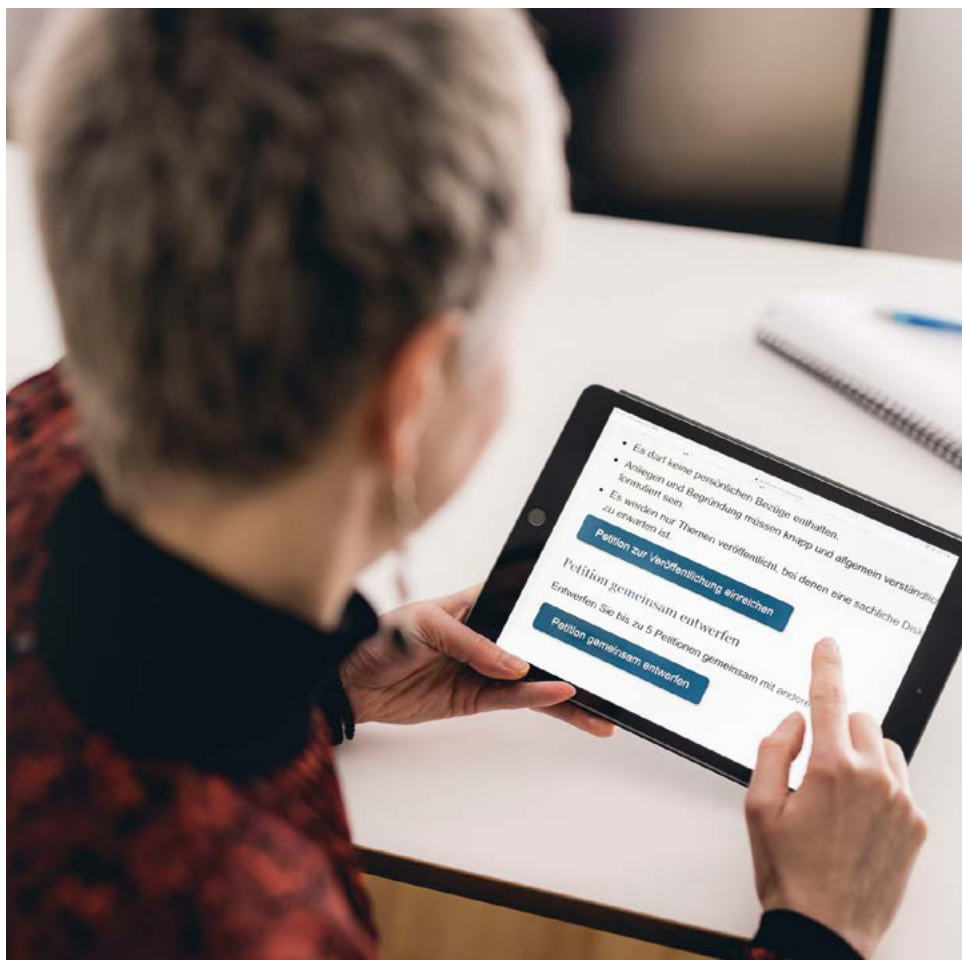
Der Petitionsausschuss ist auch über seine Internetplattform (<https://epetitionen.bundestag.de>) schnell und einfach erreichbar. Bürgerinnen und Bürger können nach vorheriger Registrierung hier über ein Formular direkt ihre Sorgen oder Beschwerden als E-Petition einreichen und – falls sie möchten – gleichzeitig darum bitten, dass diese auch veröffentlicht werden. Dafür sollten sie von allgemeinem Interesse sein und sich nicht auf ein rein persönliches Anliegen beziehen. Wünscht man keine Veröffentlichung, kann man die E-Petition auch ohne Registrierung einreichen. Eine E-Petition wird im Übrigen nach denselben Verfahrensgrundsätzen sorgfältig vom Ausschussdienst geprüft und behandelt wie andere Petitionen, die per Post oder Fax eingereicht werden.

Mit der Veröffentlichung einer E-Petition beginnt eine vierwöchige Mitzeichnungsfrist, in der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer elektronischen Mitzeichnung oder auch per Post oder Fax die Petition unterstützen bzw. diese im Online-Forum diskutieren können. Auch hierfür müssen sie sich einmalig auf der Internetplattform registrieren. Erreicht eine Petition innerhalb dieser Frist das Quorum, mindestens 50.000 Unterschriften, so erhält der Petent bzw. die Petentin die Gelegenheit, in einer öffentlichen Petitionsausschusssitzung gehört zu werden und sein bzw. ihr Anliegen noch einmal ausführlich darzulegen.

Aber auch ohne Registrierung kann man auf der Internetplattform bereits sämtliche veröffentlichte Petitionen, dazugehörige Forumsbeiträge und den jeweiligen Bearbeitungsstatus einsehen. Somit bietet sie einen idealen Anlaufpunkt, um zu sehen, welche Themen die Bürgerinnen und Bürger gerade bewegen.

Die Internetplattform des Petitionsausschusses ist zu erreichen unter <https://epetitionen.bundestag.de>.





Der Petitionsausschuss ist im Internet erreichbar unter www.bundestag.de/petitionen. Auf der Seite findet man auch Aufzeichnungen der vergangenen öffentlichen Sitzungen in der Mediathek des Parlamentsfernsehens.



Die Öffentlichkeit teilhaben lassen

Beispiele dieser neuen Form von Ausschussarbeit mit öffentlichen Petitionen betrafen im Jahr 2023 etwa die Unterstützung der Freiheitsbewegung im Iran, die Nutzung eingefrorener russischer Gelder für humanitäre Zwecke, die Einführung eines Systems wiederverwendbarer Versandboxen und die Null-Pro-mille-Grenze im Straßenverkehr. Weitere Themen, die die Öffentlichkeit und den Bundestag regelmäßig beschäftigen und die auch immer wieder in Gesetzesvorhaben Niederschlag finden, wurden in den letzten Jahren öffentlich beraten. So befasste sich der Petitionsausschuss mit Forderungen zur Verbesserung der Attraktivität des Bundesfreiwilligendienstes, dem Anlegen der elektronischen Patientenakte und der Finanzierung der geplanten Kindergrundsicherung.

Der Tätigkeitsbericht – Bilanz eines arbeitsreichen Jahres

Einmal im Jahr erscheint der Tätigkeitsbericht. Darin können Abgeordnete, Journalisten und interessierte Bürger mehr erfahren über die geleistete Arbeit des Petitionsausschusses innerhalb eines Jahres. Unter anderem werden erfolgreiche Petitionen vorgestellt ebenso wie Zahlen und Fakten zur Anzahl, Herkunft oder zu den Themengebieten von Petitionen, die in dem jeweiligen Jahr eingegangen sind. Hier können Abgeordnete sowie Journalistinnen und Journalisten schon früh Themen finden, bei denen sich absehen lässt, dass sie in den Mittelpunkt der Wahrnehmung rücken werden, auch wenn sie noch nicht im Fokus der Berichterstattung und der Gesetzgebung stehen. Auf diese Weise bietet sich dem Petitionsausschuss ein weites Feld an Gelegenheiten, seine Funktion als Seismograf des Parlaments nach innen in die einzelnen Fachpolitikbereiche und nach außen in der Darstellung durch die Medien noch stärker auszuspielen. Der Tätigkeitsbericht und weiteres Informationsmaterial des Petitionsausschusses stehen auf der Internetseite des Bundestages unter www.bundestag.de/petitionen zum Download bereit.



Übergabe des Tätigkeitsberichts des Petitionsausschusses an Bundestagspräsidentin Bärbel Bas durch die Ausschussvorsitzende Martina Stamm-Fibich, SPD.

Viele Entscheidungen, die die Menschen hierzulande betreffen, werden auf europäischer Ebene getroffen. Die Charta der EU sichert den Bürgerinnen und Bürgern das Recht zu, sich mit einer Petition an das Europäische Parlament zu wenden.

Petitionen auf europäischer Ebene

Aufgrund der engen Zusammenarbeit innerhalb der EU werden mittlerweile zahlreiche Entscheidungen und Beschlüsse auf europäischer Ebene gefasst, die unmittelbar und verbindlich für die einzelnen Staaten, Länder und Städte gelten. Deshalb gehören das Beschwerderecht und das Petitionsrecht zu den europäischen Grundrechten, die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union unter anderem in den Artikeln 43 und 44 festgeschrieben worden sind. Neben den Möglichkeiten, direkt bei den Entscheidungsbehörden zu intervenieren oder über Netzwerkangebote wie >SOLVIT zu Tipps und Konfliktlösungen zu kommen, bieten sich vor allem zwei Stellen als Ansprechpartner an: die Europäische Bürgerbeauftragte und der Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments. Sie sind die Anlaufstellen sowohl für alle Bürger von EU-Mitgliedstaaten als auch für EU-Ausländer, die in einem EU-Land leben. Damit sind natürlich auch die Bürgerinnen und Bürger eingeschlossen, die in einem EU-Staat geboren sind und in einem anderen wohnen.

Die Europäische Bürgerbeauftragte und der Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments

Auf den ersten Blick fällt es vielen Menschen schwer, sofort herauszufinden, an welche Stelle sie sich mit ihrem Anliegen am besten wenden sollten. Grob gesagt kümmert sich die Bürgerbeauftragte insbesondere um kritisiertes Handeln von Einrichtungen der EU-Verwaltung, während sich der Petitionsausschuss vorwiegend mit den Auswirkungen des EU-Rechts beschäftigt. Dabei kommt es in vielen Fällen natürlich auch zu Überschneidungen. Und oft müssen sowohl die Bürgerbeauftragte als auch der Petitionsausschuss passen. Nach Statistiken war die Beauftragte für zwei von drei an sie gerichtete Beschwerden nicht zuständig. Und auch der Ausschuss musste bei jeder dritten Petition kapitulieren, weil der angesprochene Sachverhalt nicht zu seinem Aufgabenspektrum gehörte.

SOLVIT: Seit Juli 2002 gibt es das Online-Netzwerk SOLVIT, das von der Europäischen Kommission zur Verfügung gestellt und von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union betrieben wird. Hier lösen EU-Staaten gemeinsam Probleme, die durch die fehlerhafte Anwendung von Binnenmarktvorschriften durch Behörden in der EU entstehen. SOLVIT-Stellen gibt es in allen EU-Staaten sowie in Island, Liechtenstein und Norwegen. Sie bearbeiten kostenlos die Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen. Die Kommission leitet offizielle Beschwerden, die bei ihr eingehen, auch zu einer außergerichtlichen Lösung an SOLVIT weiter. Im Internet ist SOLVIT zu erreichen unter <http://ec.europa.eu/solvit>.

Deshalb sollten sich Bürgerinnen und Bürger aber nicht verunsichern lassen, wenn sie das Gefühl haben, dass in Europa etwas schief läuft. Und sie sollten auch nicht enttäuscht sein, wenn sie etwa vom Petitionsausschuss den Hinweis bekommen, ihre Eingabe sei „nicht zulässig“. Denn dabei gilt die Faustregel: „Nicht zulässig“ heißt nicht, dass die Ausschussmitglieder dem Ansinnen der Petentin oder des Petenten nicht zustimmen. Umgekehrt gilt natürlich auch, dass die Nachricht, die Petition sei „zulässig“ noch nicht bedeutet, dass sich der Ausschuss dem Anliegen auch anschließen wird. Verloren ist die Eingabe auf europäischer Ebene auf keinen Fall. Der EU-Petitionsausschuss kann bedenkenwerte Überlegungen von EU-Bürgerinnen und -Bürgern an die Kolleginnen und Kollegen in den Fachausschüssen weitergeben, die Europäische Bürgerbeauftragte die Materie an die zuständige Organisation schicken.

Ein Fall für die Europäische Bürgerbeauftragte

Unter der Adresse 1 Avenue du Président Robert Schuman in Straßburg geht es um Missstände im Handeln europäischer Verwaltungen und Organe, wenn sich beispielsweise Verfahren zeitlich stark hinziehen, Informationen verweigert werden, Bürgerinnen und Bürger sich diskriminiert oder Unternehmen sich benachteiligt fühlen. Zu betonen ist hier, dass es sich beim Anlass für Beschwerden um die Tätigkeit von EU-Stellen handeln muss. Bei angeprangertem Fehlverhalten nationaler, regionaler oder lokaler Behörden kann die >Europäische Bürgerbeauftragte nicht eingreifen, wenn diese EU-Recht ausführen. Ein großer Vorzug unter den Handlungsoptionen der Bürgerbeauftragten besteht darin, dass sie von sich aus Sonderberichte erstellen kann. Diese mündeten beispielsweise in den dringenden Appell an den Ministerrat, zumindest immer dann öffentlich zu tagen, wenn er als Gesetzgeber tätig wird.

Ein Fall für den Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments

Unter der Adresse Präsident des Europäischen Parlaments, Rue Wiertz in Brüssel geht es (im Unterschied zu den Zuständigkeiten der Bürgerbeauftragten) beim Petitionsausschuss um sämtliche Auswirkungen der EU-Gesetzgebung – und damit natürlich auch um Hinweise, zu welchen Sachgebieten EU-Recht verbessert werden sollte. Damit steht auch oftmals die fragwürdige Ausführung von EU-Vorgaben in den einzelnen Mitgliedsstaaten auf der Tagesordnung des Petitionsausschusses. Das führt etwa dazu, dass sich der Ausschuss in einer Woche gleichzeitig mit einem Hafenbau auf Teneriffa, einer öffentlichen Ausschreibung in Griechenland und den Arbeitsbedingungen von Leichenbestattern in Portugal beschäftigt.

Der Petitionsausschuss macht häufig die Erfahrung, dass er ein wirksames Korrektiv zur Arbeit der Kommission sein kann. Reicht beispielsweise ein Bürger oder eine Bürgerin eine Beschwerde bei der Kommission gegen die falsche Anwendung von EU-Recht ein, fordert die Kommission eine Stellungnahme der be-

troffenen nationalen Behörden an und stützt sich bei ihrer eigenen Bewertung der Angelegenheit dann auf diese Angaben. Der Ausschuss kann jedoch unabhängige Untersuchungen zum Sachverhalt anstellen, durch Informationsbesuche zusätzliche Erkenntnisse gewinnen und damit zu einem eigenständigen Urteil gelangen.

Gemeinsam mehr bewirken

Vom Zusammenwirken der beiden Beschwerde- und Eingabestellen der Europäischen Union, also Bürgerbeauftragte und Petitionsausschuss, verspricht sich die Europäische Union Synergieeffekte. Der Petitionsausschuss übt dabei die parlamentarische Kontrolle über die Arbeit der Bürgerbeauftragten aus und kann durchaus politisch begleitend tätig werden, um bei Beschwerden an die Bürgerbeauftragte die EU-Verwaltung dazu zu bringen, ihr Verhalten noch einmal zu überdenken.



Besuch der Europäischen
Bürgerbeauftragten Emily
O'Reilly beim Petitionsausschuss
des Deutschen Bundestages.

Gleichzeitig spiegelt das praktische Handeln von Bürgerbeauftragter und Petitionsausschuss auch den Prozesscharakter parlamentarischer Mitwirkungsrechte auf europäischer Ebene wider. So wie das Parlament als Ganzes sich immer mehr Möglichkeiten der Einflussnahme und Kontrolle erobert, hat auch der Petitionsausschuss bisweilen mit weniger günstigen Umständen zu tun. Das fällt beispielsweise dann ins Gewicht, wenn eine Bürgerin oder ein Bürger gleichzeitig eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission und eine Petition beim Europäischen Parlament einreicht. Dann kann es passieren, dass die Kommission ein aufgenommenes Vertragsverletzungsverfahren einstellt, dem Petitionsausschuss die Gründe aber nicht mitteilt, obwohl der sich gerade mit einem gleichlautenden Petitionsverfahren befasst.

Petitionen sind also national und international ein wirkungsvolles Instrument für alle, die aktiv die Politik in Deutschland und Europa mitgestalten wollen. Trotzdem ist es wichtig, dass man mit realistischen Erwartungen an seine Petitionen und Beschwerden geht und so den Petitionsausschuss des Bundestages in seiner Funktion als Seismograf der Nation unterstützt. Und letztlich können auch der Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments und die Europäische Bürgerbeauftragte umso mehr bewirken, je intensiver sie von den Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen werden.



Anhang

Jedes Jahr erstattet der Petitionsausschuss dem Bundestag einen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit; so sieht es die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages vor. In den Jahresberichten findet sich neben zahlreichen einzelnen Fallbeispielen der verschiedenen Zuständigkeitsbereiche auch eine Vielzahl von Statistiken über die eingegangenen und bearbeiteten Petitionen. Die Jahresberichte des Petitionsausschusses finden Sie unter <https://www.bundestag.de/petitionen>.



Statistiken

*Petitionsausschuss des Deutschen
Bundestages*
www.bundestag.de/petitionen



*Gemeinsames Petitionsportal des Bundes
und der Länder*
www.petitionsportal.de



*Petitionen online einreichen, veröffentlichte
Petitionen mitzeichnen oder diskutieren*
<https://epetitionen.bundestag.de>



*Rechtsgrundlagen für die Arbeit
des Petitionsausschusses*
www.bundestag.de/petitionen
> Rechtsgrundlagen



*Petitionsausschuss des Europäischen
Parlaments*
www.europarl.europa.eu/petitions/de/home



Petitionsrecht auf europäischer Ebene
www.bundestag.de/petitionen > Rechtsgrund-
lagen > Petitionsrecht auf europäischer Ebene



Informationen im Internet

A

Abgeordnete 7, 9, 24, 28, 30, 35 ff.
abgestufte Empfehlungen 33
Akte 27, 31
Allgemeines Preußisches Landrecht 14 f.
Artikel 17 10, 17
Artikel 45 17
Ausschussdienst 28 ff.
Ausschüsse 17, 20, 35, 42 f.

B

Bearbeitung 18, 28
Bedingungen zum Einreichen einer Petition 17 f.
Begriffsbedeutung 11 f.
Behandlung von Petitionen 17 ff., 23 ff., 26 ff.
Berichterstatter 30
Bill of Rights 12 ff.
Bundesinstitutionen 20
Bundesländer 18 f., 28
Bundesministerien 20
Bundespräsident 20
Bundesrat 20
Bundesregierung 18, 20, 28 f., 32 f.
Bundesverfassungsgericht 20
Bundeswehr 30
Bürgerbeauftragte 19, 41 ff.

C

Charta der Grundrechte der Europäischen Union 40 f.

D

Demokratie 12 f., 22
Diskussion 24 f., 37

E

Einreichen einer Petition 18, 45, 49
Einzelpetition 23
Empfehlungen, abgestufte 33
E-Petition 23, 27, 37
Europa 17 ff., 36, 40 ff., 49
Europäische Bürgerbeauftragte 19, 41 ff., 45
Europäische Kommission 41, 43, 45
Europäisches Parlament 19, 40 ff.
Europäische Union 17 ff., 40 ff.

F

Fraktion 9, 30, 33, 35, 48
Frist 25

Register

G

Geschäftsbereiche 20
Geschäftsordnung 17, 48
Geschichte des Petitions-
rechts 12 ff.
Gesetzgebung 20 f., 33, 39,
43
Grundgesetz 10, 17, 35
Grundrechte 14 f., 17, 41

I

Internationale Zusammen-
arbeit 36, 45
Internet 23 ff., 37 ff.

J

Jahresbericht 39, 48

K

Kontrolle, parlamentarische
43, 45

L

Ladung 32
Leitpetition 24

M

mangelhafte Petitionen 28
Massenpetition 24 f.
Mindestanforderungen
17, 22
Mitzeichnung 37

O

Obleute 35
öffentliche Sitzung 37 ff.
Öffentlichkeit 37, 39
Ombudsleute 19, 36
Online-Petition 23, 27
Ortsbesichtigung 31 f.

P

parlamentarische Kontrolle
43, 45
Paulskirchenverfassung 14 f.
Petent 9, 11, 19, 22 ff., 28 ff.,
37, 42
Petition of Right 13
Petition (Wortherkunft) 11
Petitionsarten 23 ff.
Petitionsausschuss des Euro-
päischen Parlaments 41,
43 ff., 49
Petitionsausschüsse der
Landtage 18, 49
Petitionsrecht (historisch)
12 ff.
Privatisierung 20
Prüfung 17, 27 ff.

S

Sammelpetition 23 f.
Sechswochenfrist 29
SOLVIT 41
Stellungnahme 27 ff., 31,
43, 48
Subsidiarität 18

T

Tätigkeitsbericht 39
Teilhaberecht 13

U

Unterschrift 23 f., 27, 37
Unterstützer 23 f.

V

Verfassung 14 f., 18, 28
Verfassungsausschuss 17, 35
Verfassungsorgane 20
veröffentlichte Petition 24 f.,
37, 49

W

Weg der Petition 28 f.
Wehrbeauftragte 30
Weimarer Reichsverfassung
15 f.
Willensbildung 37

Z

Zusammenarbeit, inter-
nationale 36
Zuständigkeiten 9 f., 15,
17 ff., 22, 25, 28, 33, 37,
41 ff., 48
Zuweisung nach Sachge-
bieten 28

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Koordination: Robert Vallée

Text: Gregor Mayntz; Überarbeitung: Referat Öffentlichkeitsarbeit und Petitionsausschuss

Redaktion: Georgia Rauer, Aktualisierung: wbv Media

Gestaltung: Regelindis Westphal Grafik-Design, Bearbeitung: wbv Media, Christiane Zay

Bundestagsadler: Urheber Prof. Ludwig Gies, Bearbeitung 2008 büro uebele

Fotos: Titel, U2, S. 9, S. 25, U3 DBT/Thomas Köhler/photothek; S. 13 ddpimages/TopFoto;

S. 15 akg-images; S. 21 DBT/Janine Schmitz; S. 31 DBT/Werner Schüring; S. 33, S. 38 DBT/

Xander Heintl/photothek; S. 39 DBT/Leon Kügeler/photothek; S. 44, S. 46 DBT/Marco Urban

Grafiken: Regelindis Westphal Grafik-Design

Druck: Kern GmbH, Bexbach

Stand: März 2024

© Deutscher Bundestag, Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder für Wahlwerbezwecke eingesetzt noch von Parteien oder Fraktionen für die eigene Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden.



Petitionen beleben die Demokratie. Jeder in Deutschland kann sie nutzen und so die Politik aktiv mitgestalten. Die Broschüre zeigt, wie man Petitionen einreichen kann und wie sie bearbeitet werden. Darüber hinaus gibt sie einen Überblick über die Geschichte des Petitionswesens und erklärt, welche Rolle der Petitionsausschuss des Bundestages im Petitionswesen spielt und welche Möglichkeiten sich in Europa bieten.